

Ergänzungen, am 10.10.11

Bei den nachfolgenden Texten handelt es sich einerseits um Antworten auf Briefe, die ich erhielt und andererseits um Kommentare zu Zeitungsberichten, womit ich den Inhalt von „Schuldenunion II“ zusätzlich ausleuchten kann. Ich habe versucht, Wiederholungen zu vermeiden. Ganz ließ sich das nicht erreichen.

Die Griechenlandhilfe hilft nicht Griechenland. Für Portugal gilt das Gleiche. Irland steht besser da. Griechenland löst mit den erhaltenen Mitteln seine Schuldscheine bei den derzeitigen Gläubigern aus. Ergebnis: Die Gläubiger werden ausgetauscht, die Schulden liegen dann bei den Bürgern. Das sind die Bürger der Geberländer. Die Zahlungen an Griechenland übersteigen die Tilgungsbeträge. Die Differenz dient zur Deckung des griechischen Haushaltsdefizits und wird ebenfalls von den Bürgern der Geberländer gegenüber den Geldgebern verbürgt. Wie soll das Griechenland helfen? Warum wird trotzdem so gehandelt? Weil die Politik Angst hat!

Jetzt holen uns die Fehler ein, die am Beginn des Euro gemacht wurden. Es wurden Länder einbezogen, deren Fiskalkultur dafür nicht reif war. Das haben damals die Verantwortlichen gewusst. Dass die Hoffnung, sie würden sich anpassen, ein voraussehbarer Trugschluss war, zeigt sich jetzt deutlich. Z.Z. wird eine Fiktion gestützt von einem Machbarkeitswahn, dem Wahn des Primats der Politik selbst gegenüber der Realität.

Ursache der Schuldenkrise ist, dass man im Euroraum Unterschiede zusammengeführt hat, die so groß waren, dass, wie sich jetzt zeigt, die Länder nicht reif waren für eine gemeinsame Währung. In der DM-Zeit konnte Österreich seinen Schilling an die DM binden, was über den ganzen Zeitraum problemlos funktionierte, weil volkswirtschaftliche Stärke und Finanzkultur vergleichbar waren. Die Entwicklung der Euro-Union zeigt, dass diese Voraussetzung zum Gelingen bei zu vielen Mitgliedern fehlte und noch immer fehlt. Die Angleichung der Wirtschafts- und Finanzkultur ist nicht kompromissgeeignet, sondern die Schwachen müssen zu den Starken aufschließen, sich anpassen. Den Prozess jetzt nachzuholen, ist sehr schwer, es ist offen, ob das noch gelingt.

Anstatt daraus die Lehre zu ziehen, dass vor engerem Zusammenrücken in anderen Politikfeldern eine weitgehende Angleichung des Denkens und Verhaltens stehen muss, beginnt man eine Debatte, um auf weiteren Politikfeldern auf die Souveränität zugunsten der Union zu verzichten. Die Nationen sind keine Herde, die von der Politik zusammengetrieben werden kann. Die an ihr vertrautes Denken und Handeln gewöhnten Bevölkerungen müssen zuerst erfahren, wie und warum mit welchen Folgen andere anders denken und Handeln, und warum das besser, erfolgsversprechender ist. Das wird sträflich vernachlässigt. Erst danach kann in den einzelnen nationalen Bevölkerungen das Bedürfnis zur Veränderung der eigenen Position hin zur Anpassung wachsen. Das ist ein langer Prozess, der nur durch erklärende Information beschleunigt werden kann. Die Politik darf nicht wollen und versprechen, was Politik nicht leisten kann.

Noch ein Wort zu Griechenland, man will ihm helfen. Das ist auch richtig. Aber am Anfang muss die Betrachtung der Realität stehen. Die griechische Volkswirtschaft hat auch langfristig mit dem Euro als Währung keine Chance sich zu erholen. Wenn man die Griechen zur Haushaltssanierung zwingt, was richtig ist, muss doch erkannt werden, dass damit die griechische Wirtschaft erwürgt wird. Gesunden kann sie nur durch Abwertung.

Damit muss der Eurozone keine Gefahr drohen. Die unsinnige Verknüpfung von Euro und Europa ist nur ein Handicap zum Verständnis der Zusammenhänge. Wenn ein, oder auch 2 - 3 Länder den Euro aufgeben, um ohne ihn schneller gesund zu werden, hilft das dem Euro und Europa. Sie würden damit ihre Einsichtsfähigkeit beweisen.

Bezugnahme auf eine vorausgegangene Mail an eine Reihe von Bundestagsabgeordneten:
Sehr geehrtes Mitglied des Bundestags,
Damit sie erkennen, dass ich in meiner Mail vom 19.8. keine Einzelmeinung verrete,
übermittle ich ihnen die soeben veröffentlichte Kritik der Bundesbank.

Bundesbank kritisiert jüngste Beschlüsse zur Schuldenkrise

22.08.11 / 12:05 dpa-AFX

FRANKFURT (dpa-AFX) - Die Deutsche Bundesbank hat die jüngsten Beschlüsse des Euro-Krisengipfels zur Schuldenkrise von Ende Juli scharf kritisiert. Mit den Entscheidungen würden umfangreiche Risiken auf diejenigen Staaten und deren Steuerzahler verlagert, die finanzielle Hilfe für schwächere Länder leisteten, heißt es im Monatsbericht der Bundesbank vom Montag. Zudem sieht die Bundesbank einen großen Schritt hin zu einer Vergemeinschaftung von Risiken. Dies schwäche die Grundlagen der Währungsunion, ohne dass im Gegenzug Kontroll- und Einflussmöglichkeiten wesentlich verstärkt würden.

Der ursprünglich vereinbarte Rahmen der Währungsunion drohe damit zunehmend an Konsistenz zu verlieren, schreibt die Bundesbank weiter. Die Finanzpolitik werde weiter durch Parlamente auf nationaler Ebene festgelegt, während die resultierenden Risiken und Belastungen zusehends durch die Gemeinschaft, insbesondere die finanzstarken Länder aufgefangen würden. Ohne eine Weisungsbefugnis gegenüber der jeweiligen nationalen Haushaltspolitik drohe die Verschuldungsneigung der Euro-Länder eher noch zuzunehmen. Der Haftungsausschluss im Euroraum (No-Bail-Out-Klausel) und die Disziplinierung über die Kapitalmärkte dürften nicht vollständig außer Kraft gesetzt werden, sondern müssten vielmehr gestärkt werden.

Ende Juli hatten die Staats- und Regierungschefs des Euroraums mit dem zweiten Rettungspaket für Griechenland weitere Änderungen zur Eindämmung der Schuldenkrise beschlossen. Insbesondere die Kompetenzen der Rettungsschirme EFSF und ESM wurden spürbar ausgeweitet. Beispielsweise soll der EFSF künftig auch Staatsanleihen am Sekundärmarkt kaufen dürfen, um finanzschwache Länder zu stützen./bgf/jkr

Antwort an ein MdB auf seine Reaktion auf meine Mail an einen größeren Kreis von MdB.

Vielen Dank für ihr sehr ausführliches Schreiben vom 31.8. Um möglichen Missverständnissen vorzubeugen, folgende Stellungnahme.
Griechenland ist insolvent, die täglichen Hiobsbotschaften unterstreichen das. Die derzeitige Therapie ist Konkursverschleppung, was schlussendlich zu schweren Belastungen für die Staatshaushalte und damit für die Bürger der Euroländer führen wird. Mein Vorschlag will den Euro retten und Griechenland und anderen helfen durch eine Therapie im ordnungspolitischen Rahmen, das heißt nicht zuerst die Schuldner retten, sondern die Gläubiger durch Rekapitalisierung stützen, damit sie die Abschreibungen ohne Schaden für Dritte verkraften. Griechenland wird damit von seinen Schulden und der Zinslast im Haushalt befreit. Jetzt lässt man die Last auf Griechenlands Schultern, befiehlt aber mit der größeren Last schneller zu gehen, das kann nicht funktionieren. Am 30.8. forderte der Chef der europäischen Bankenaufsicht (EBA) Andrea Enria, dass der EFSF direkt Geld an Banken geben darf und nicht nur an Länder. Wenn es sich dabei um rekapitalisierende, direkte Beteiligungen geht, entspricht das meinen Vorschlägen, Darlehen wären falsch. Damit ist Griechenland nicht über dem Berg, den bis zu einem ausgeglichenen Haushalt braucht es mangels Kapitalmarktfähigkeit trotzdem von der Gemeinschaft verbürgte Kredite, die ausreichende Einflussmöglichkeiten auf das griechische Haushaltsverhalten sichern, aber ohne Altschulden sind die neuen Kredite sicherer. Griechenland braucht für die Rückkehr zur Wettbewerbsfähigkeit auch immaterielle Hilfe, die Kreativität aller EU-Länder.

In meiner Mail vom 19.8. (Inhalt „Schuldenunion“ verkürzt) ging ich auch darauf ein „Was ist, wenn der Euro scheitert“.

Ich habe kein ideelles Verhältnis zum Euro, sondern eine ökonomische Sicht, deshalb halte ich es für wichtig, dass es einen Punkt gibt, an dem die Notbremse zu ziehen ist. Mit meinen Erläuterungen zu den Folgen wollte ich der weitverbreiteten und geschürten Angst vor diesem Punkt entgegenwirken.

Zu weiteren Punkten ihres Schreibens: Politik ist die Kunst des Möglichen. Ihre Seite 2, *2: Eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik, gemeinsame Wachstumspolitik usw. sind bei dem sehr unterschiedlichen Entwicklungsstand der Volkswirtschaften nicht möglich. Das kann nicht durch politische Beschlüsse bewirkt werden, es muss mit Hilfe des freien Marktes wachsen. Lenkungsbefugnisse, die die Wirtschaft betreffen darf es nicht geben. Der Erfolg der deutschen Wirtschaft wird gebrochen, wenn den französisch inspirierten Lenkungsmaßnahmen nicht Einhalt geboten wird. Am Markt ist der Staat Schiedsrichter, sonst nichts, er muss genau auf die Einhaltung der Regeln achten, die Fouls pfeifen, und alle, die verlangen der Schiedsrichter solle spielgestaltend eingreifen, sollten wissen, dass nur korrupte Schiedsrichter spielgestaltend wirken. Den Aufsatz „Das falsche Einheitsdenken in der EU“ in der FAZ vom 2.9. Seite 12. sollten alle MdB der Regierungsfractionen lesen.

Seite 5 ihres Schreibens: Der Verlauf der Krise in Griechenland macht die Grenzen von Schuldentragefähigkeitsanalysen deutlich.

Erkennen sie nicht auch, dass die derzeitige Therapie immer mehr von renommierten Fachleuten in Zweifel gezogen wird, aber immer mehr meinen Intentionen ähnelnde Vorschläge gemacht werden.

Wenn es möglich ist, sollte der Bundestag um seine Rechte zu wahren, vor internationalen Verhandlungen den Rahmen setzen. Das würde die Verhandlungsposition der Regierung stärken.

Weder der Euro noch Europa ist mit Geld zu retten, nur mit ordnungspolitischen Grundsätzen in der EU-Politik. „Man vergisst oft, dass es nur die freie Wettbewerbswirtschaft war, die uns nach dem Krieg zum Aufstieg führte.“ (Klaus H. Scheufelen) Das war einmal die Stärke der CDU.

FAZ 12.9.2011, „Der europäische Pleitedamm bricht“, abrufbar im „faz-archiv“. Eine Erwiderung an Frank Lübberding.

Eine Diagnose ohne Therapieempfehlung aber mit Schlussfolgerungen, die zu einem abstrakten Gemälde werden. Was ist die Botschaft? Sollen Vertragsbrüche, Rechtsbrüche in der Not erlaubt werden?

Es ist nicht egal, ob Investitionen vom Staat oder von Unternehmen kommen. Staatliche Investitionen verbrauchen zuerst Steuern. Nicht alle führen zu einem Steuerrückfluss und wenn, dann dauert es oft sehr lange, was nicht generell gegen staatliches Investieren spricht. Unternehmerische Investitionen führen viel schneller zu Steuereinnahmen. Sogenannte Konjunkturpakete sind in der Krise international zu Recht umstritten. Das, was Jürgen Stark im Handelsblatt gesagt hat, ist richtig, denn Griechenland und andere haben die billigen Kredite überwiegend konsumiert, Wählerstimmen gekauft und zu wenig investiert. Kreditgeber brauchen bis heute für den Ankauf von Staatspapieren kein Eigenkapital zu hinterlegen, ein verheerendes Signal. Das ist ein schwerwiegender politischer Fehler, der zwar einerseits die Kredite für die Staaten verbilligt aber andererseits den Euro an den Abgrund geführt hat. Das entbindet jedoch Kreditgeber nicht, um der eigenen Sicherheit willen, Bonität, Kreditbegründung und Verwendung vor seiner Gewährung zu prüfen. Herr Lübberding propagiert die Überwindung des ordnungspolitischen Denkens, damit die Überwindung der realen Ordnung. Aber es ist richtig, wenn er sagt, das Problem ist die im Finanzsystem in den vergangenen Jahren aufgetürmten Schulden zu bedienen. Das Ob und Wie muss aber das Problem der leichtfertigen Kreditgeber sein und bleiben und darf nicht

zum Problem der Steuerzahler gewandelt werden. Wenn Staaten Steuerzahler als Bürgen in die Haftung nehmen, dürfen sie damit nur denen Kredit und Kapital verschaffen, die es auch zurückzahlen können. Das sind nicht Griechenland und Weitere, sondern nur die Gläubiger dürfen nach der Verlustverbuchung soweit wie nötig gestützt werden.

Einen Vorschlag zur Lösung des Problems in diesem Sinne hat die FAZ mit meinem im FAZ-Archiv abrufbaren Leserbrief „Die Verkleinerung des Euroraums ist unabwendbar“ am 11.6.11 veröffentlicht. Die zeitnahe Fortschreibung der Vorschläge ist nachzulesen auf meiner Homepage unter „Schuldenunion“.

Er schreibt, unser ganzes System lebt vom Vertrauen, dass die Staaten ihre Verbindlichkeiten bedienen können. Das ist blauäugig. Staatspleiten gab es immer, allein zweimal in Deutschland im vorigen Jahrhundert. Wenn er schreibt, man kann von der EZB nicht ernsthaft verlangen an das Leitbild der alten Bundesbank anzuknüpfen, will er Jürgen Starks Festhalten rügen, an diesem Sinn, der eben nicht, wie er meint, schon lange verloren gegangen ist. Revolvierender Rechtsbruch führt eben nicht zur Ungültigkeit der Gesetze. Die EZB ist nicht zuständig für das, was sie z.Z. tut. Schon gar nicht darf sie, wo sie nicht zuständig ist, sich eigenmächtig Rechte aneignen. Das ist Aufgabe der Politik. Ein schwerer Fehler war die gemeinsame Einführung des Euro für unterschiedlich leistungsfähige Volkswirtschaften. Das wirkte wie Breton Woods ohne Abwertungsmöglichkeit für den Einzelstaat. Das ist die Ursache der Katastrophe. (Ausführlich behandelt unter EZB – Währungen)

Die Genehmigung zum Ersetzen alter Schulden durch Neue, ist dann richtig, wenn die Bonität des Schuldners fortbesteht, andernfalls ist das Abschreiben sinnvoller als ein Schrecken mit offenem Ende. Eine alte Kaufmannsweisheit sagt, der erste Verlust, ist der Beste. „Ohne Vertrauen kollabiert das System“, das ist im Prinzip richtig, aber die Kreditgeber haben das Maß verloren, die zu geringe Zinsspreizung in der Vergangenheit beweist es. Maßloses Vertrauen ist schon immer von der Realität zerstört worden. Jetzt muss auf schmerzhaft Weise zur Realität zurückgefunden werden und zwar zu Lasten derer, die durch verantwortungsloses Vertrauen, in was eigentlich? Die Katastrophe mitzuverantworten haben, aber so, dass, wie es hier verlangt wird, der Rest Europas weitgehend vom Bankrott bewahrt bleibt, aber zu 100% wird das nicht gelingen. Dass zur Hilfe ein großes Rad gedreht werden muss, ist richtig. Richtig ist auch, dass Griechenland nicht die Auflagen erfüllen und gleichzeitig seine Schulden bedienen kann. Das zu verlangen, ist törichte Politik. Anfang Mai hatte ich Gelegenheit an der Sitzung eines Gremiums mit Jürgen Stark in der EZB teilzunehmen und weis seine Gradlinigkeit hinsichtlich seiner ordnungspolitischen Überzeugung zu schätzen. Es ist eine richtige konsequente Entscheidung nicht Mitverantwortung zu übernehmen für das Nichtverantwortbare. Wenn ich dasselbe will wie Jürgen Stark lebe ich nicht in einer Scheinwelt, sondern bestehe auf der Respektierung der einzig möglichen Basis für wirtschaftliches Handeln. Ordnungspolitische Leitplanken sind das Einzige, was Geisterfahrer verhindern kann.

Am 16.9. las ich verblüfft und angenehm überrascht die Seite 12 der FAZ. Dort stellen die Professoren Dr. Harald Hau und Dr. Bernd Lucke“ Die Alternative zum Rettungsschirm“ vor. Ihre Vorschläge sind fast vollständig übereinstimmend mit meinen unter „Schuldenunion“ gemachten Vorschlägen. Die beiden Professoren haben geleistet, was ich nicht kann, sie haben ihren Vorschlag mit Zahlen hinterlegt, die beweisen, dass dieser Weg noch günstiger ist, als ich vermutete. Der einzige ins Gewicht fallende Unterschied ist, dass sie die Rekapitalisierung der Gläubiger vor der notwendigen Verlustabschreibung vorschlagen, was der sicherere Weg wäre, während ich risikoreicher, aber gewinnträchtiger, den Wertverfall an der Börse abzuwarten vorschlug. Der erste Absatz von Ziffer 3 „..... erwirbt der Staat geldwerte Ansprüche“ erklärt nicht ausreichend präzise, wer damit gemeint ist. Der einzelne Staat könnte überfordert sein, ich hoffe sie meinen damit die Gemeinschaft der Eurostaaten und deren Interessen gebündelt in einer AG, wie ich es vorschlug.

Günter Bannas schreibt am 15.9. in der FAZ

Bei der CDU geht es um ihre Fähigkeit weiterhin Regierungspartei zu sein, was politische Glaubwürdigkeit voraussetzt. und um die europäische Währung..... und die Zukunft der europäischen Einigung. Das ist alles richtig, aber Politik ist die Kunst des Möglichen. Mit dem Versuch des Unmöglichen, mit der derzeitigen realitätsfernen Politik wird der Ruf der CDU als Europapartei eher beschädigt. Politik darf nur dürfen, was Politik auch leisten kann. Wenn ein Staat über lange Zeit ohne Perspektive auf Besserung täglich mehr ausgibt als er einnimmt, ist ihm nur mit Geld nicht zu helfen, er braucht Entlastung. Mit dem Versuch Griechenlands alle Auflagen auf der Ausgabenseite zu erfüllen, wird nur die Abwärtsspirale bei den Einnahmen beschleunigt. Ich kenne keinen realisierbaren Vorschlag, der Griechenland unter Beibehaltung des Euro wettbewerbsfähig machen könnte. Das geht nicht durch Politik, sondern nur über den Markt, aber die griechische Wirtschaft ist überwiegend nicht weltmarktfähig. Die Import/Export-Relation lässt vermuten, dass sie noch nicht einmal auf Teilen des Heimatmarkts wettbewerbsfähig ist. Nur eine abgewertete eigene Währung kann das aus dem Ruder gelaufene Lohn-Leistungsverhältnis normalisieren und dadurch das Export/Import-Verhältnis wieder vom Kopf auf die Füße stellen.

Dem hier Beschriebenen muss eine Entschuldung vorausgehen. Laut Fuchs-Brief vom 15.9. verlangt dies, neben einer wachsenden Zahl von Fachleuten, auch Otmar Issing. Den Bürgern immer wieder zu erzählen, es fließe kein Geld, es seien nur Bürgschaften, die dem Finanzminister schon X Millionen € aus der Zinsdifferenz gebracht hätten, ist absolut unverantwortlich, selbst dann, wenn es um einen solventen Schuldner ginge. Wer Bürgschaften braucht, wird von anderen für nicht ausreichend kreditwürdig gehalten. Die derzeitige Therapie führt zur Schwächung der noch gesunden Staaten. Z.Z. wird in der Politik jeder Verantwortliche verbal verprügelt, wenn er Ansätze von Realitätssinn zeigt, selbst wenn der Hinweis sich nur gegen Denkverbote wendet. Der Fall Rösler ist nur eins der Beispiele. Lobenswert ist, wie ihm Wissenschaftler beispringen, u.a. sogar zwei Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats des Finanzministers. Die Ungleichheit im Denken ist aber Motor und Ursache des Fortschritts, wenn sie denn genutzt wird. Wenn die CDU zurück will zur derzeit verlorenen Glaubwürdigkeit, dann muss sie neben ihrem Standbein Europapartei ihr vergessenes zweites Standbein aktivieren, die marktwirtschaftlichen Prinzipien. Alle Verantwortlichen in Europas Politik und Wirtschaft brauchen sowohl zum Vordenken als auch zum Handeln die ordnungspolitischen Leitplanken.

Am 16.9. liest man in der FAZ: Hinsichtlich der Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumsparks habe man einen Kompromiss gefunden, indem Staaten mit einem Leistungsbilanzüberschuss aufgefordert werden, diesen etwa durch Stimulierung der Binnennachfrage zu senken. Ein Kompromiss aus dem Tollhaus.

Die Leistungsbilanzdifferenz darf nur durch die Aufholjagd der Defizitsünder ausgeglichen werden, denn Fortschrittliche können Stehengebliebene nicht motivieren, indem sie bei ihnen sitzen bleiben oder gar zu ihnen zurück gehen. Auch hier ist die allseits verleumdete Ungleichheit Motor und Ursache von Fortschritt.

Wenn man Steinmeiers und Trittins durch Gabriels Polemik aufgemischte Vorschläge zur Rettung von EU und Euro hört, bekommt man Angst vor so viel ausgewiesener Regierungsunfähigkeit und erkennt, dass nur die derzeitige Koalition den zum Ziel führenden Weg gehen könnte, auch wenn sie dazu zuerst umkehren muss. Die derzeit praktizierte Realität leugnende Sturheit ist ein Irrweg. Nur die Umkehr kann zurückführen zur politischen Glaubwürdigkeit. Deutschland muss vorangehen, die Initiative ergreifen.

Am 18.9.11 an MdB:

Sehr geehrte Mitglieder des Bundestags,

Das derzeitige Regierungshandeln ist geprägt vom Kampf gegen den Markt. Diesen Kampf hat noch nie jemand gewonnen. Die Bundesregierung muss sich des Marktes bedienen, um die Probleme zu lösen. So provozieren sie eine breite Bewegung gegen Europa.

FAZ. 6.10.11 „Merkel erwägt Kapitalhilfe für Banken“

Durch sträfliche internationale Nachlässigkeit hinsichtlich der politischen Aufsicht sind wesentliche Teile des geschuldeten Kapitals der heute angeschlagenen Euro-Länder in den Konsum geflossen. Dieses Kapital ist verschwunden und bleibt verschwunden. Das Ersetzen alter Schulden durch neue Schulden, wie es jetzt geschieht, ist dann richtig, wenn die Bonität des Schuldners fortbesteht, andernfalls ist das Abschreiben sinnvoller als ein Schrecken mit offenem Ende. Eine alte Kaufmannsweisheit sagt, der erste Verlust, ist der Beste. Je stärker das einzelne Euroland betroffen ist, je weniger ist es in der Lage, das verschwunden Kapital für die Tilgung selbstständig wieder zu erwirtschaften. Dem muss man ins Auge sehen. Nur diese Sicht kann die Basis aller Entscheidungen sein. Hoffnung auf ein Wunder ist keine Entscheidungsbasis. Das bedeutet im Einzelnen:

Kapitalhilfe für Banken ist ein sehr guter Vorschlag. Aber es muss auf die richtige Weise und im richtigen Maß geschehen. Bei den Gläubigern der Eurostaaten besteht bezüglich der an diese Staaten gewährten Kredite Abschreibungsbedarf in unterschiedlicher Höhe. Die abgeschriebenen Beträge müssen dem Schuldner erlassen werden. Einerseits Abschreibungshilfe für die Gläubiger und andererseits Weiterfinanzierung des abgeschriebenen Staatsschuldenanteils durch Forderungsablösung durch den EFSF darf es auf keinen Fall geben. Das wäre den Bürgern nicht zu vermitteln. Nur unter dieser Prämisse können die Banken und Versicherungen eine Beteiligung des Staates am Grundkapital erhalten und müssen diese auch annehmen, gegebenenfalls durch gesetzlich geregelten Zwang, soweit sie es aus der Sicht neutraler Beobachter der Beteiligung bedürfen. Zu beachten ist, sichergestellt werden muss, dass ihr Geschäft mit der Realwirtschaft nicht beeinträchtigt wird. Auf keinen Fall dürfen sie staatliche Kredite erhalten, nur Eigenkapital.

Nicht für richtig halte ich die Aussage, die EU-Mitgliedsstaaten müssten sich um ihre eigenen Banken kümmern. Es würde die Gefahr bestehen, dass die Systematik der Hilfen unterschiedlich wäre mit von Land zu Land ungleich kapitalisierter Banken. Darauf würde der Markt reagieren, wie es derzeit niemand will.

Die Gemeinschaft der Euro-Länder ist aus meiner Sicht nur verantwortlich für im Euro-Raum ansässige Banken. Ob die Differenzierung europarechtlich zulässig ist, kann ich nicht prüfen. Möglicherweise können aber auf diesem Weg weitere EU-Länder an den Stützungsmaßnahmen beteiligt werden. Träger der Rekapitalisierung sollte eine von den Eurostaaten getragene Holding sein. Soweit andere Gläubiger, Hedgefonds usw., betroffen sind, ist ihnen nicht zu helfen, aber auf eventuelle schädliche Auswirkungen auf die Realwirtschaft muss auch bei ihnen reagiert werden.

Bei Kapitalgesellschaften mit Staatsbeteiligung kann der Eingriff in Gehalts- bzw. Einkommensstrukturen des Führungspersonals die Motivation zur Reprivatisierung steigern. Im Gegensatz zu den Schuldnerländern sind Banken und Versicherungen in unterschiedlicher Zeit in der Lage wieder ausreichend und wertsteigernd Gewinn zu erwirtschaften, sodass die Beteiligungen von der Staatenholding über die Börse, teilweise mit Gewinn wieder verkauft werden können. Die weiteren Folgen werden sein:

Der Markt lernt, dass bei Krediten an Staaten die gleiche Sorgfalt zu wahren ist, wie bei der Privatwirtschaft. Das wirkt besser und sicherer als jede Schuldenbremse. Die zwangsläufige entstehende Zinsspreizung ist ein sichereres Barometer als die Bewertung der Ratingagenturen. Die Gefahr bzw. die Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der Bürgschaften sinkt deutlich, den Bürgern wird die derzeit gerechtfertigte Angst genommen. Die Freistellung der Gläubiger der Staatskredite von der Eigenkapitalvorsorge sollte dringend beendet werden, das ist, nachdem Geschehenen nicht weiter zu verantworten. Die damit verbundene Verteuerung der Kredite an Staaten muss hingenommen werden. Die Höhe der Eigenkapitalhinterlegung kann sich eventuell an der Zinsspreizung ausrichten.

Mit der Schuldenreduzierung sind Griechenland und auch andere nicht über dem Berg, den bis zu einem ausgeglichenen Haushalt braucht es mangels Kapitalmarktfähigkeit trotzdem von der Gemeinschaft verbürgte Kredite, die ausreichende Einflussmöglichkeiten auf das Haushaltsverhalten sichern, aber mit erheblich reduzierten Altschulden sind die neuen Kredite sicherer.

Griechenland braucht für die Rückkehr zur Wettbewerbsfähigkeit auch immaterielle Hilfe, die Kreativität aller EU-Länder. Man kann prüfen, ob genossenschaftliche Strukturen hilfreich sein können.

Ob erst nur Griechenland so behandelt wird oder andere zeitgleich, ist der staatlichen Einflussnahme entzogen. Der Abschreibungsbedarf bei den Gläubigern entsteht sofort durch die Bewertung des Marktes. Der bei der EZB gleichzeitig entstehende Abschreibungsbedarf wird die Haushalte belasten, wenn möglicherweise auch nur durch ausbleibende Gewinnausschüttungen.

Der Unsinn eskaliert. Laut FAZ vom 8.10.11. Verlangt Sarkozy bezüglich zu erzwingender Kapitalerhöhungen bei den Banken, die Einbeziehung der Deutschen Bank, also auch Banken, die keine staatliche Hilfe benötigen, sollen trotzdem welche erhalten. Dass es in Deutschland eine Bank gibt, die besser dasteht als französische Banken und keine Kapitalerhöhung aus Staatsmitteln braucht, verletzt das französische Prestigedenken. Das Frankreich das eigene Prestige auch über die Vernunft stellt, sich das selbst immer wieder viel Geld kosten lässt, damit hat man sich schon lange abgefunden, aber dass dies jetzt zu Lasten aller gehen soll, das geht zu weit.

Am 31.12.1997 schrieb ich in meine Aphorismensammlung:

„Weil die Franzosen eine Grand Nation sind, schreibe ich das ohne Anführungsstriche, aber sie sollten gerade deswegen auch die Kraft haben, das hinzunehmen als Verpflichtung und nicht als Anspruch“.

Nachstehend Auszug aus einem Blog von Sentix, abrufbar unter www.sentix.de

Blog (Oktober) ich rate dringend, dort den ganzen Blog zu lesen.

Ansteckungseffekte und Hebel

Die Politik vergrößert Rettungsschirm um Rettungsschirm, um andere Euro-Länder vor einer Ansteckung zu schützen. Doch diese Logik steht auf ganz schwachen Füßen und zwar deshalb, weil genau diese Rettungspolitik die Ansteckung vorantreibt.

Nun soll also Griechenland "abgeschirmt" werden und dazu geben andere Länder Garantien entsprechend ihrem Anteil an der Euro-Wirtschaftsleistung ab. Doch hier irrt die Politik zum ersten Mal: denn während sich die Politik die Garantien schön redet und meint, dies seien keine echten Ausgaben, geht der Markt - meiner Meinung nach zu Recht - davon aus, dass die für Griechenland garantierten Beträge effektiv verloren sind.

Und deshalb addiert der Markt die jeweilige Garantiesumme zu den Schulden der garantiegebenden Staaten hinzu. Auf Italien entfallen nun also rund 20% dieser 780 Mrd. Euro und der "böse" Markt addiert demnach rund € 150 Mrd. auf die ohnehin hohe italienische Staatsschuld. Klar, dass der Markt sich Italien zu verweigern beginnt. Selbst eigentlich noch robuste Staaten wie Frankreich drohen bei einer solchen Vorgehensweise zu "kippen". Faktisch besteht nun die Gefahr, dass sich die Ratings weiterer Staaten verschlechtern und diese ebenfalls nicht mehr für die Ausleihkapazität des EFSF zur Verfügung stehen.

Doch wenn die infrage stehenden Schulden tatsächlich wertlos sind und die Retter selbst schon sehr geschwächt sind, dann ist das Spannen von Rettungsschirmen der Treiber der Ansteckung.

Wehret den Anfängen - dies gilt in Sachen Euro-Rettung wie selten zuvor. Die angebliche Ansteckung im Euroraum wird nicht durch die Rettungsschirme bekämpft, sondern die Rettungsschirme sind die Ursache für die Ansteckungseffekte. Und über einen gehebelten EFSF dürften die Märkte zwar anfänglich jubeln, es wäre wohl aber der endgültige Startschuss für den vollständigen ökonomischen Niedergang Europas und das Ende des Euros.

Der im Aufsatz „Schuldenunion“ genannte Blog „Lockruf für Wölfe“ ist abrufbar

unter www.sentix.de Blog (Juli)

FAZ am Sonntag 9.10.11

Streitgespräch zwischen Finanzminister Schäuble und Otmar Issing

Gleich am Anfang der schockierende Satz von Schäuble: „Der Euro muss sich darin bewähren, dass alle Mitglieder der gemeinsamen Währungszone ihre Probleme auch gemeinsam lösen. Das ist für Ansehen Stabilität dieser Währung eine unerlässliche Voraussetzung.“

Das genaue Gegenteil von dem, was der deutschen Bevölkerung für die Aufgabe ihrer Währung im Maastrichtvertrag versprochen wurde: „no bail out“. Mit diesen zwei Sätzen sägt der Minister die Wurzeln ab, die die Bürger mit Europa verbinden. Er zerrüttet das Vertrauen in die Zuverlässigkeit politischer Versprechen und der Versprechenden. Verträge werden wie nichtexistent behandelt, kommentarlos wird das Gegenteil verlangt. Was für ein erschreckender Finanzminister.

Es folgt sehr deutlicher aber zurückhaltend formulierter Widerspruch von Issing. Aber im Diskussionsverlauf dann „In meiner Welt eines optimalen Währungsraums gäbe es so einen Bail out, solche gegenseitigen Rettungen nicht“.

Im weiteren Verlauf sagt Schäuble: „Die Troika muss dabei auch die Schuldentragfähigkeit der Griechen beurteilen“. Bei dem Zeitbedarf von zwei oder drei Generationen für das Tragen der Schulden und sicherlich mehrfach wechselnden Regierungen ist sowohl das Erstellen einer Schuldentragfähigkeitsanalyse als auch das Vertrauen auf diese Analysen, vermessen. Griechenland beschließt z.Z. Gesetze gemäß den Auflagen, ist aber nicht in der Lage sie umzusetzen.

Zumindest gibt Schäuble zu, dass der Schuldenschnitt bei Griechenland größer ausfallen muss, als bisher beschlossen.

Otmar Issing „verspricht sich einen positiven Ansteckungseffekt eines Austritts Griechenlands aus dem Euro. Denn ein solcher Fall müsste auf alle andern Mitglieder der Eurozone abschreckend wirken“.

Auf die Frage der FAZ „Wenn sie sich die heutige EZB ansehen, ist das noch ihre EZB? Antwortet Herr Issing: „Die EZB ist fünf Jahre älter geworden“. Deutlich genug.

Otmar Issing hat sowohl mit seinen konzeptionellen Äußerungen als auch mit seiner Persönlichkeit überzeugt, der Finanzminister hat erschreckt.

Ich hoffe die, die das weit umfangreichere und sehr aufschlussreiche Streitgespräch nicht lesen konnten, motiviert zu haben, es sich im FAZ-Archiv nachzuholen.